Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

№ 24. Sonnabend, den 24. Januar. 1846.

Bekanntmachung.

Nachdem die nöthigen Reparaturen in der Badeanstalt des Jacobshospitals nunmehr vollendet sind, ist dieselbe wieder zur Benutzung des städtischen Publicums bereit gestellt. Die Badebillets sind für dieses Jahr **gänzlich erneuert** und zu den bisherigen Preisen sowohl bei dem Hospitalschreiber **Horn** im Rathhause, als auch im Spital selbst bei dem Hausvater zu erhalten. Diejenigen der verehrl. Abnehmer, welche noch im Besitz alter Billets sind, werden ersucht, solche sofort noch in der Rathseinnahmestube gegen neue umtauschen lassen zu wollen, weil die ersteren binnen Kurzem ganz werthlos werden.

Leipzig, den 23. Januar 1846. **Die Deputation zum Jacobshospital.**

Vom Landtage.

Sitzung der zweiten Kammer Donnerstag den 22. Januar.

Dr. Schaffrath sagte: im Hochwalde bei Neustadt stehe ein mehrere hunderttausend Thaler werthes Torflager und beklagte sich, daß es nicht geöffnet werde, weil die Regierung, wie man sage, die Holzpreise nicht herabsetzen wolle, so wie daß das Holz nur in großen, den Aermeren nicht zugänglichen Quantitäten verkauft werde. Min. v. Zeschau erklärte hierauf: wo es ohne Nachtheil, ohne Geld zuzusetzen, geschehen könne, öffne die Regierung überall die Torflager und was die Holzpreise anlange, so könne man der Regierung eine Absicht, die Holzpreise zu steigern, um so weniger beimessen, als wenn sie dieselben Preise, wie in Privatwaldungen, sich zahlen lasse, sie 100,000 Thlr. mehr als jetzt einnehmen würde. Hensel II. bevorwortete eine Petition in Betreff der Vaterlandsblätter; diese wären hauptsächlich für die gebildete Mittelclasse geschrieben gewesen und ihre Unterdrückung habe in ihr einen schmerzlichen Eindruck gemacht. Dadurch, und durch die andrerseits an den Bayard und das Volksblatt gegebenen Concessionen habe die Regierung wenigstens den Schein auf sich geladen, der freien Beurtheilung Feind zu sein. D. Platzmann brachte eine Petition von einer Gemeinde ein, worin eine Petition in Betreff der Bekenntnißschriften feierlichst widerrufen wurde. Oehmigen führte eine Beschwerde aus Nerchau weitläufig aus, die Einweisung eines Feuerpfennkehrers betreffend.

Budget-Berathung. Bei dem Abschnitt: Gesammtministerium drückte Oehmigen dem abgegangenen Staatsminister v. Lindenau seine Anerkennung aus; Min. v. Zeschau stimmte dem bei. Die Positionen wurden meistens einstimmig angenommen, jedoch bei Pos. „500 Thlr. für Ordenscanzlei" erhob sich Ein Abgeordneter dagegen. — Die Deputation stellte den Antrag: es solle die Regierung beim Bundestage dahinwirken, daß die Kriegsverfassung nicht in einer die Lasten des Volks vermehrenden Weise ausgelegt werden und auf eine Wiederaufhebung der in dieser Hinsicht jetzt gemachten neuen Anforderungen erwirkt werden möge. Oberländer: er stimme in das von der Deputation ausgesprochene Lob der Sparsamkeit dieses Budgets ein, aber er beschwerte sich darüber, daß die Officiere eine Kaste bildeten; der Officier solle vielmehr auch außerhalb des Dienstes als Bürger seine Pflicht gegen das Vaterland erfüllen. Die blinde Loosziehung bei der Recrutirung sei ganz unpassend, und er finde es absurd, daß man die Gefahr, für das Vaterland sein Leben einzusetzen, mit schnödem Gelde abkaufen dürfe. Er hob die große Kostspieligkeit der jetzigen Kriegsverfassung hervor; auch habe die Geschichte gezeigt, daß, im Falle das Vaterland in Gefahr sei, es nicht stehende Heere retten könnten, sondern nur die Wehrhaftigkeit des ganzen Volkes. Minster von Nostitz-Wallwitz beantwortete diese Rede und bemerkte, daß auch der Soldat glaube an dem Wohle des Vaterlandes Antheil zu nehmen und für dasselbe mitzuwirken. v. Thielau: es gebe gewisse europäische Rücksichten, welche die Wünsche des Abg. Oberländer niemals in Erfüllung gehen lassen würden; was die Billigkeit betreffe, so sei das preuß. Landwehrsystem und die preuß. Armeeverfassung viel theurer: Preußen zahle 48 Millionen für das Militair, und habe 16 Mill. Einwohner, dies mache 3 Thlr. auf den Kopf, in Sachsen komme aber nur 20 Ngr. auf den Kopf. v. d. Planitz, Referent, erwähnte, wie die kurze Dienstzeit bei uns grade ein Vorzug sei; Napoleon habe das Stellvertretersystem eingeführt und Europa erobert. Eisenstuck: wenn man einmal eine Armee haben müsse, so müsse es auch eine tüchtige sein, wie sie es allerdings beim jetzigen System sei; an einen Krieg glaube er nicht, seitdem man Eisenbahnen habe; man brauche jetzt das Geld zu andern Dingen, wie zu Actien; in Preußen selbst denke man anders über die Landwehr; er habe oft gehört, daß die Preußen gewarnt, nicht in Sachsen auch diese einzuführen. v. Zeschwitz sprach sich gegen den 2. Theil des Deputations-Gutachtens (Antrag beim Bundestage) aus; Georgi: es hätten andere hierher geschrieben und sich erkundiget, wie es möglich sei, mit verhältnißmäßig so wenigen Kosten eine solche Armee zu unterhalten; die preußische Einrichtung dagegen sei viel kostspieliger. Rittner sprach sich ebenfalls gegen Oberländers Ansichten aus. Heuberer dankte zuvörderst für die bewiesene Sparsamkeit, jedoch könne er nicht verhehlen, daß der Officierstand sich kastenartig von der bürgerlichen Gesellschaft abschlösse; er führte in dieser Hinsicht Rochlitz an und bat um geeignete strenge Anweisung. Min. v. Nostitz-Wallwitz bedauerte, daß der Abgeordnete Heuberer nicht bestimmter und klarer die Fälle, die er meine, ausgesprochen habe; der Kriegsminister tritt jetzt von der Ministerbank ab und will als Nachbar von Rochlitz sprechen: er habe bei seinen Besuchen gefunden, daß die Officiere im besten gesellschaftlichen Vernehmen mit den Bürgern ständen; er müsse bedauern, daß der Abgeordnete Heuberer ganz unnöthig solche Gerüchte erwähne (hier bediente sich der Herr Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz des Ausdrucks „verleumden"); die Officiere seien übrigens ebenfalls aus dem Volke entsprossen. Hensel II. erklärte: obschon Deputationsmitglied, theile er die Ansichten des Abgeordneten Oberländer vollkommen und versicherte auch, daß derartige Klagen, wie Abg. Heuberer vorgebracht, sehr häufig gehört würden, wobei er die Ueberzeugung aussprach, daß solche Klagen jedem Abgeordneten freistünden und

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id453042023-18460124/1